

Die Selbständigkeitsbestrebungen der Länder.

Eine Konferenz in Salzburg.

Aus Salzburg wird uns berichtet: Vorgestern fand hier unter dem Vorsitz des Landeshauptmannes Meyer eine Konferenz der Vertreter der Länder statt, die sich nicht nur mit aktuellen wirtschaftlichen, sondern auch mit politischen und Verfassungsfragen beschäftigte. Es waren vertreten die Länder Salzburg, Tirol, Kärnten, Steiermark und Oberösterreich.

Die Einreisebewilligungen.

Zunächst wurde die Frage der Einreisebewilligung einer eingehenden Erörterung unterzogen und zu dem jüngsten Erlasse der Staatsregierung Stellung genommen. Es wurde hierbei betont, daß es nicht angehe, die Angelegenheit mit einem Schlage ändern zu wollen, und es wurde beschlossen, bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß dieser Erlaß außer Kraft gesetzt werde, bis diese Frage engültig geregelt sei.

Die Bewirtschaftung von Holz und Salz.

Einen breiten Raum in der Aussprache nahm die Bewirtschaftung der alpenländischen Produktionsartikeln, wie Holz und Salz, ein. Hier kam die Meinung zum Ausdruck, daß die Freiheit des Handels in den Ländern keinesfalls so stark eingeschränkt werden dürfe, wie es geplant sei, sondern daß ihnen gestattet sein müsse, wegen Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen mit ausländischen Vertretern Verhandlungen zu pflegen und Holz wie Salz als Kompensationsmittel verwenden zu dürfen. Ein allzu straffes Vorgehen der Zentralbewirtschaftung könnten die Länder nicht zulassen, zumal sie während der ganzen Kriegszeit in dieser Hinsicht able Erfahrungen gemacht haben und ihr Mißtrauen daher auch gerechtfertigt sei. Auch die Frage der Wasser- und Elektrizitätsbewirtschaftung bildete den Gegenstand einer lebhaften und eingehenden Diskussion. Es wurde hierbei die Stellung der Länder zum Staate in dieser Frage sehr eingehend beleuchtet, und man verwies darauf, daß in dieser Angelegenheit den Ländern gleichfalls eine größere Handlungsfreiheit zugestanden werden müsse. Der Vertreter Kärntens verwies darauf, daß die provisorische Landesversammlung Kärntens bereits ein Gesetz über die Wasser- und Elektrizitätsbewirtschaftung beschlossen habe, worin die Rechte des Landes und die Interessen desselben gewahrt sind.

Die Verfassungsreform.

Bei der Erörterung der politischen Fragen kam auch der Anschluß an Deutschland zur Sprache, doch wurde kein Beschluß gefaßt. Dagegen wurde auf das nachdrücklichste betont, daß eine Aenderung der Verfassung sowohl im Interesse der Länder wie auch des Staates notwendig sei. Die Konferenzteilnehmer erklärten das Kantonalssystem als das zweckentsprechendste, da es sich den Interessen der Länder am besten anpasse. An die von der Regierung herausgegebenen Weisungen über die Befugnisse der Landeshauptleute wurde lebhaftest Kritik geübt und namentlich die Erweiterung der Befugnisse der Landeshauptmannstellvertreter verlangt. Es wurde beschlossen, diese und andre in der Konferenz erhobenen Forderungen in der nächsten Konferenz der Landesvertreter in Wien zur Sprache zu bringen.

Die Vermögensabgabe.

Schließlich gelangte die Vermögensabgabe zur Erörterung, wobei der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß die in den Ländern eingehobenen Beträge solange in deren Kassen verbleiben sollen, bis die Friedenskonferenz die Staatsschuld Deutschlands endgültig festgesetzt habe. Die Regelung der Landesfinanzen, die sich im Kriege noch bedeutend verschlechtert haben, wurde als dringend und unausschiebbar bezeichnet. Den Ländern sei es unmöglich, aus eigener Kraft die Landesfinanzen zu sanieren, da ihnen die nötigen Einnahmequellen fehlen. Auch diese Frage soll bei der nächsten Konferenz der Landesvertreter in Wien mit den Vertretern der Regierung eingehend besprochen werden.

Für die Selbständigkeitserklärung Tirols.

Innsbruck, 14. Mai. (Privattelegramm.) Zur Neutermeldung über den Verlust Deutschsüdtirols haben die bürgerlichen Blätter Nordtirols nun einstimmig Stellung genommen in dem Sinne, daß zur Rettung Deutschsüdtirols die Selbständigkeitserklärung Tirols ehestens erfolgen soll. Die „Innsbrucker Nachrichten“ verlangen die rascheste Einberufung der Landesversammlung, um zur neuen Situation Stellung zu nehmen. Nur die Sozialdemokraten beharren auf ihrem Standpunkte des Anschlusses an Deutschland.